

## **Bericht Nr. 23-29/053/02 der Aufsichtskommission und der Sachkommissionen zum 150. Jahresbericht über das Jahr 2025 und Tätigkeitsberichte**

---

Dem Bürgergemeinderat zugestellt am 3. Juni 2026.

In Erledigung ihres Auftrags gemäss § 12d Abs. 1 Ziff. 3 und Abs. 2 Gemeindeordnung sowie § 15 der Geschäftsordnung des Bürgergemeinderates legt die Aufsichtskommission dem Bürgergemeinderat ihren Bericht zum 150. Jahresbericht des Bürgerrats für das Jahr 2025 vor. Dieser Bericht enthält auch die Tätigkeitsberichte der parlamentarischen Kommissionen (Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips).

Der Bericht ist in folgende Kapitel gegliedert:

### **1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Aufsichtskommission (AK)**

#### *1.1. Zusammensetzung*

#### *1.2. Arbeitsweise*

### **2. Bemerkungen zum Jahresbericht durch die Aufsichtskommission (AK)**

#### *2.1. Institutionsübergreifende Themen*

#### *2.2. Zentrale Dienste (ZD)*

#### *2.3. Christoph Merian Stiftung (CMS)*

### **3. Bemerkungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen**

#### *3.1. Bürgerspital Basel (BSB)*

#### *3.2. Bürgerliches Waisenhaus (BWH)*

### **4. Tätigkeitsberichte**

#### *4.1. Aufsichtskommission (AK)*

#### *4.2. Sachkommission Bürgerspital*

#### *4.3. Sachkommission Waisenhaus*

### **5. Anträge**

---

### **1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Aufsichtskommission (AK)**

#### **1.1. Zusammensetzung**

Die AK setzte sich im Berichtsjahr 2025 wie folgt zusammen:

Dr. Christoph Burckhardt, Präsident  
Johannes Barth  
Stefan Bringolf

LDP  
FDP (bis 28.02.2025)  
SP

Dr. Brigitta Gerber  
Richard Hubler  
Alex Klee  
Marina Schai  
Joël Thüring

Grüne/BastA!  
FDP (ab 01.03.2025)  
SP  
Die Mitte  
SVP

Mit der Berichterstattung über die einzelnen Institutionen der Bürgergemeinde und über die Christoph Merian Stiftung wurden die folgenden Kommissionen bzw. Delegationen betraut:

- BSB: Sachkommission Bürgerspital
- Bürgerliches Waisenhaus: Sachkommission Waisenhaus
- Zentrale Dienste: AK-Delegation: Stefan Bringolf, Richard Hubler, Beatrice Isler
- CMS: AK-Delegation: Joël Thüring, Dr. Brigitta Gerber, Alex Klee

## **1.2. Arbeitsweise**

Die AK hielt im Wesentlichen am Prozess zur Erstellung des Jahresberichts fest, den sie im Hinblick auf die Berichterstattung in den Vorjahren erarbeitet hat. Mit E-Mail vom 26. Februar 2026 informierte die AK den Bürgerrat und die Präsidien der Sachkommissionen über den Zeitplan zur Erstellung des Jahresberichts und die Delegationen. Mit E-Mail vom 22. April 2026 teilte die AK dem Bürgerrat und den Präsidien der Sachkommissionen ihre Fragen zum Jahresbericht und punktuell Folgefragen zum letztjährigen Bericht der AK zum Jahresbericht mit. Ende April 2026 erhielt die AK Antworten zu den Fragen betreffend Zentrale Dienste. Die ersten Fragen der AK betreffend CMS wurden nicht schriftlich beantwortet. Am 28. April 2026 bzw. am 5. Mai 2026 fanden die Sitzungen der Delegationen der AK mit den zuständigen Mitgliedern des Bürgerrats und der Direktion der CMS bzw. der ZD statt. Im Nachgang zu diesen Sitzungen erhielt die AK auf vereinzelte Fragen betreffend CMS schriftliche Rückmeldung. Die Beantwortung der Fragen der AK bildet nebst dem Jahresbericht des Bürgerrats Grundlage des vorliegenden Berichts.

Die Berichtsabschnitte der Kommissionen Bürgerspital und Waisenhaus werden nachstehend ohne inhaltliche Redaktion durch die AK abgebildet.

## **2. Bemerkungen zum Jahresbericht durch die Aufsichtskommission (AK)**

### **2.1. Institutionsübergreifende Themen**

#### Legislaturziele 2023-2029

Im Zusammenhang mit den vom Bürgerrat verabschiedeten Legislaturzielen 2023–2029 wurde nachgefragt, weshalb im Jahresbericht keine Angaben zum Stand der Zielerreichung enthalten seien und ob ein Soll-Ist-Vergleich erstellt worden sei.

Der Bürgerrat hielt dazu fest, dass bewusst auf einen formellen Soll-Ist-Vergleich verzichtet werde und ein solcher auch künftig nicht vorgesehen sei, um den administrativen Aufwand möglichst gering

zu halten. Im Vordergrund steht die Umsetzung der Legislaturziele sowie das Anstossen konkreter Massnahmen.

Bereits im ersten Jahr nach Verabschiedung der Ziele seien verschiedene Projekte gestartet oder weitergeführt worden. Dazu gehören unter anderem die regelmässige Tätigkeit der Arbeitsgruppe Klimaschutz mit halbjährlicher Berichterstattung, der Start des Kommunikationsprojekts zur Stärkung der Dachmarke BG Basel, Massnahmen zur Weiterentwicklung der Arbeitgeberattraktivität sowie die Prüfung von Synergiepotenzialen im Rahmen des Projekts BGB 2026Plus. Der Bürgerrat kündigte an, den Bürgergemeinderat weiterhin im Rahmen des Jahresberichts über wesentliche Entwicklungen und Fortschritte zu informieren.

#### Organisationsprojekt BGB 2026Plus

Die AK liess sich über das im Frühjahr lancierte, institutionenübergreifende Projekt zur besseren Nutzung von Synergien und Effizienzpotenzialen informieren. Das Projekt umfasst insgesamt sechs Teilprojekte, von denen bereits mehrere gestartet wurden, unter anderem in den Bereichen Kommunikation, Rechtsdienst, HR und Datenschutz.

Ziel ist es, bestehende Ressourcen stärker gemeinsam zu nutzen. So soll beispielsweise ein institutionsübergreifender Rechtsdienst aufgebaut werden, damit juristische Grundabklärungen intern erfolgen können. Auch in strategischen Bereichen wie der Immobilienpolitik wird eine engere Zusammenarbeit angestrebt. Vorerst konzentriert man sich jedoch auf einfache, umsetzbare Projekte, etwa zur Stärkung der gemeinsamen Dachmarke oder zur besseren Koordination administrativer Dienstleistungen.

Das Projekt wird als längerfristiger Prozess verstanden und der Bürgerrat soll halbjährlich über den Fortschritt informiert werden. Eine Information des Bürgergemeinderats ist vorgesehen, sobald erste konkrete Meilensteine erreicht sind.

#### Immobilienstrategie Bürgerliches Waisenhaus

Die AK wollte wissen, wie die Finanzierung und langfristige Sicherung historischer Immobilien des Bürgerlichen Waisenhauses gewährleistet wird. Dabei wurde erläutert, dass seit vielen Jahren ungeklärt ist, wie der Unterhalt und die notwendigen Sanierungen dieser Gebäude künftig finanziert werden sollen. Der Investitionsbedarf sei erheblich, gleichzeitig bestehe die Sorge, dass andere Institutionen oder Bereiche finanziell belastet würden, falls Quersubventionierungen notwendig würden.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Problematik bereits seit rund zwanzig Jahren bekannt sei. Zwar seien die Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton bezüglich der Dienstleistungen geregelt worden, die Finanzierung des Gebäudeunterhalts und grösserer Restaurierungen sei jedoch nie abschliessend geklärt worden. Die notwendigen Renovationen könnten inzwischen nicht länger hinausgeschoben werden. Der Kanton verlange eine Klärung darüber, welchen finanziellen Beitrag die Bürgergemeinde selbst leisten könne, bevor über eine weitergehende Unterstützung entschieden werde. Gleichzeitig sei unklar, ob die gesetzlichen Grundlagen überhaupt erlauben würden, Mittel anderer Institutionen für die Finanzierung der historischen Gebäude einzusetzen. Mehrfach wurde betont, dass die verschiedenen Institutionen der Bürgergemeinde rechtlich und finanziell eigenständig seien und nicht über einen gemeinsamen Finanzierungstopf verfügten. Die Zentralen Dienste sowie weitere Institutionen finanzierten sich weitgehend selbst und hätten

ihrerseits bereits erhebliche Herausforderungen im Bereich Immobilienunterhalt. Eine Beteiligung an den Kosten des Bürgerlichen Waisenhauses würde zwangsläufig bedeuten, dass andere Projekte verschoben, Leistungen reduziert oder sogar Liegenschaften verkauft werden müssten.

Die AK kritisiert, dass trotz der langjährigen Bekanntheit des Problems bisher keine gemeinsame Gesamtstrategie entwickelt worden sei. Angeregt wurde deshalb, dass die beteiligten Institutionen ihre Immobilienstrategien stärker koordinieren und mögliche Synergien nutzen sollten. Es wurde darauf erwidert, dass bereits gewisse Bestrebungen in diese Richtung existierten, die Zusammenarbeit bisher jedoch begrenzt gewesen sei.

Als mögliche Optionen wurden die Aufnahme von Fremdkapital, der Verkauf von Liegenschaften oder die Schaffung neuer Strukturen genannt. In diesem Zusammenhang wurde erwähnt, dass eine Stiftung für die historischen Gebäude aufgebaut werden solle, um einfacher Drittmittel generieren zu können. Zudem wurde diskutiert, ob die historischen Gebäude künftig in ein gemeinsames Immobilienportfolio der Bürgergemeinde aufgenommen werden könnten, was jedoch einen Grundsatzentscheid voraussetzen würde.

Abschliessend wurde festgehalten, dass insbesondere beim Bürgerlichen Waisenhaus ein erheblicher Handlungsbedarf bestehe. Während andere Institutionen ihre Immobilien teilweise über Mieterträge finanzieren könnten, seien die historischen Gebäude des Waisenhauses teilweise nicht ertragbringend. Dennoch bestehe Einigkeit darüber, dass mittelfristig eine tragfähige Lösung gefunden werden müsse, um den weiteren Unterhalt und die Sanierung der historischen Bauten sicherzustellen.

Die AK erwartet vom Bürgerrat, dass er innert des laufenden Jahres die Sachkommission Waisenhaus und die Aufsichtskommission zum Plan der Finanzierung der historischen Liegenschaften informiert.

### Neukonzeption Jahresbericht

Im Zusammenhang mit der Neukonzeption des Jahresberichts wurde nach der angewandten Methodik sowie nach den inhaltlichen Veränderungen gegenüber den Vorjahren gefragt, insbesondere hinsichtlich des Umfangs der bereitgestellten Informationen.

Der Bürgerrat erläuterte, dass er im Mai 2024 beschlossen habe, verschiedene Varianten für eine Neukonzeption des Jahresberichts ab dem Berichtsjahr 2025 ausarbeiten zu lassen. Dazu wurde unter Leitung des Bürgerratsschreibers eine Arbeitsgruppe eingesetzt, bestehend aus den Kommunikationsverantwortlichen der Institutionen und der Zentralen Dienste sowie dem Direktor der Zentralen Dienste. Der Leitungsausschuss der Zentralen Dienste fungierte dabei als Sounding Board.

In mehreren Workshops definierte die Arbeitsgruppe die Ziele der Neukonzeption, entwickelte verschiedene Konzeptvarianten und bewertete diese anschliessend. Auf Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppe entschied sich der Bürgerrat im Februar 2025 für eine stärker auf Compliance fokussierte Variante des Jahresberichts.

Künftig soll die Öffentlichkeitsarbeit für die Angebote der Bürgergemeinde vermehrt über andere Kanäle und Formate erfolgen. Ziel der Neukonzeption sei ausdrücklich nicht gewesen, den Informationsumfang auszubauen. Vielmehr habe die Verschlankung der Berichterstattung im Zentrum der Überlegungen gestanden.

Die AK nimmt diese Erläuterungen des Bürgerrats zur Verschlankung des Jahresberichts zur Kenntnis. Sie bittet den Bürgerrat, bei der Verfassung des Vorworts und der Jahresrückblicke der Bürgerratsmitglieder (vgl. Ziff. 1.1 und 1.2 des Jahresberichts) darauf zu achten, dass darin im Sinne einer Zusammenfassung jeweils zu allen für die ZD, das BSB, das Bürgerliche Waisenhaus und die CMS wesentlichen Ereignissen berichtet wird. Dazu gehört aus Sicht der AK namentlich eine Aussage, ob und inwieweit die Ziele gemäss Leistungsvereinbarung erreicht oder nicht erreicht wurden und weitere, sich nicht direkt im Ergebnis zum Leistungsauftrag niederschlagende, wesentliche Ereignisse aus dem Berichtsjahr.

### Pensionskassenlösung

Im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Pensionskassenlösung wurde nach dem Vorgehen bei der Evaluation und Umsetzung gefragt.

Der Bürgerrat führte aus, dass er im Mai 2024 die Zentralen Dienste mit der Überprüfung der bestehenden Vorsorgelösung beauftragt habe. Hintergrund dafür war insbesondere die als ungenügend beurteilte Verzinsung der Altersguthaben in der bisherigen Vollversicherungslösung bei der Baloise, welche im Vergleich zu anderen Vorsorgemodellen als nicht mehr zeitgemäss angesehen wurde.

Für die Evaluation wurde eine institutionenübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt, bestehend aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen der Kassenvorstände sowie HR-Vertretenden aller Institutionen. Unterstützt durch einen externen Pensionskassenexperten führte die Arbeitsgruppe einen umfassenden Markt- und Reglementsvergleich durch. Der Bürgerrat wurde während des Projekts regelmässig über den Fortschritt informiert.

Im Sommer 2025 lagen zwei geeignete Offerten vor. Zusätzlich wurde eine externe Zweitmeinung eingeholt, welche die Empfehlung zugunsten der FUTURA Vorsorgestiftung bestätigte. Daraufhin beschloss der Bürgerrat im August 2025 den Wechsel von der bisherigen Lösung bei der Baloise zur FUTURA Vorsorgestiftung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im September 2025 schriftlich informiert und im Rahmen mehrerer Informationsveranstaltungen über diese neue Vorsorgelösung orientiert. Mitte Oktober 2025 stimmten die Versicherten der neuen Lösung mit deutlicher Mehrheit zu. Die Einführung erfolgte per 1. Januar 2026.

### Auswirkungen des kantonalen Wohnraumförderungsgesetzes

Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des kantonalen Wohnraumförderungsgesetzes sowie der Wohnraumschutzverordnung wurde nach den Folgen für die Zentralen Dienste, die Institutionen der Bürgergemeinde Basel sowie die Christoph Merian Stiftung gefragt. Zudem wurde thematisiert, ob die Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung per 1. November 2025 zu einer Verbesserung der Situation geführt habe.

In der Antwort wurde auf eine frühere Stellungnahme im Rahmen einer Kleinen Anfrage verwiesen, in welcher die Auswirkungen bereits ausführlich dargestellt worden seien. Ergänzend wurde festgehalten, dass die Teilrevision der Wohnraumschutzverordnung zwar gewisse punktuelle Erleichterungen bringe. Dazu zählen insbesondere ein Freibetrag für kleinere Sanierungen ohne Mietzinsaufschlag sowie die Klarstellung, dass ordentlicher Unterhalt nicht bewilligungspflichtig ist.

Aus Sicht der Bürgergemeinde Basel reichen diese Anpassungen jedoch nicht aus, um die bestehenden Probleme wesentlich zu entschärfen. Insbesondere grössere und energetische Sanierungsprojekte seien weiterhin wirtschaftlich schwierig umzusetzen, solange umfassende Bewilligungsverfahren erforderlich seien und die Möglichkeiten zur Anpassung der Mietzinse nach Sanierungen stark eingeschränkt blieben.

Die grundlegenden Herausforderungen hätten sich daher trotz der Teilrevision kaum verändert. Weitergehende Lockerungen auf Gesetzesebene seien frühestens in einigen Jahren zu erwarten, nachdem der Grosse Rat der Regierung eine entsprechende Frist für die Ausarbeitung einer Gesetzesrevision eingeräumt habe.

## **2.2. Zentrale Dienste**

### Produktgruppen

Bei beiden Produktgruppen der Zentralen Dienste «Gesamtorganisation» und «Bürgerrecht, Integration» konnten die Ziele erreicht werden.

Dank des attraktiven Liegenschaftsportfolios und der daraus folgenden hohen Auslastung, fielen die Mietzinserträge über Budget aus. Der Umsatz des Waldhauses beider Basel entsprach den Erwartungen, deckt aber Abschreibungen und übrige Aufwendungen noch nicht vollständig. Deshalb wird eine Verlängerung der Abschreibungsdauer geprüft. Ein Fragezeichen bleibt insbesondere beim Forst, da dort nicht absehbar ist, wie sich der Klimawandel auswirken wird. Der Forstbetrieb verzeichnete einen Aufwandüberschuss, was z.B. an reduzierter Holzernte und tieferen Holzpreisen lag. Bei «Einbürgerungen, Integration» waren wieder mehr Einbürgerungsgesuche eingegangen als erwartet. Die langfristige Entwicklung bleibt wegen schwer prognostizierbarer Gesuchszahlen und externer Faktoren wie Änderungen im Bürgerrecht ungewiss. Beide Produktgruppen schlossen mit einem Gewinn ab.

### Zunahme der Einbürgerungsgesuche von Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger

Im Zusammenhang mit der erwarteten starken Zunahme von Einbürgerungsgesuchen wurde nach den organisatorischen, verfahrenstechnischen und finanziellen Konsequenzen für die Bürgergemeinde Basel sowie nach möglichen Auswirkungen auf den künftigen Leistungsauftrag der Zentralen Dienste gefragt.

Der Bürgerrat verwies zunächst auf frühere Ausführungen zu den organisatorischen und personellen Folgen der Gebührensenkung. Ergänzend wurde festgehalten, dass Gesuche von Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger aufgrund der bundesrechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung in der Regel nicht bewilligungsfähig seien, da wirtschaftliche Selbstständigkeit verlangt werde.

Trotz der geringen Erfolgsaussichten verursachten auch solche Gesuche einen erheblichen administrativen Aufwand, da sie geprüft, bearbeitet, dokumentiert und formell entschieden werden müssten. Finanzielle Auswirkungen ergäben sich dabei vor allem auf der Aufwandsseite. Die Einnahmen der Bürgergemeinde Basel blieben unverändert, weil der Kanton die wegfallenden Gebühren kompensiere.

Die Erneuerung des Leistungsauftrags der Zentralen Dienste ist für Herbst 2026 vorgesehen. Dabei sollen mögliche Anpassungen aufgrund der Entwicklung der Gesuchszahlen geprüft und – soweit erforderlich und auf Basis der bis dahin vorliegenden Erkenntnisse – berücksichtigt werden.

#### Kompetenzbetrag CMS

Auf Nachfrage, weshalb im Jahr der in der Gemeindeordnung festgehaltene Kompetenzbetrag von CHF 100'000 um CHF 32'700 überschritten wurde, führte der Bürgerrat aus, dass in den Vorjahren dieser nicht vollständig ausgeschöpft wurde. Nicht verwendete Mittel wurden jeweils ins Folgejahr übertragen, da sie nicht an die CMS zurückgegeben werden konnten. Aufgrund steigender Gesuchszahlen wurden im Jahr 2025 einmalig CHF 132'700 ausbezahlt, was allerdings nicht den Vorgaben der Gemeindeordnung entspricht.

Das eigenmächtige Vorgehen wurde von der AK kritisiert. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass eine exakte Ausschöpfung des jährlichen Betrags in der Praxis kaum möglich sei, da nicht verwendete Mittel weder zurückgegeben noch anderweitig verbucht werden könnten. Kritisiert wurde insbesondere die mangelnde Transparenz bezüglich der Höhe der angesammelten Überschüsse. Gefordert wurde eine bessere Dokumentation dieser Beträge.

Der Bürgerrat plant, dem Bürgergemeinderat in den kommenden Monaten eine Vorlage zur Änderung der Gemeindeordnung zu unterbreiten. Ziel ist es, künftig eine flexiblere Verwendung der Mittel zu ermöglichen, um ähnliche Diskussionen in Zukunft zu vermeiden. Es soll keine fixe Zahl mehr festgeschrieben sein, sodass von der CMS auch einmal ein höherer Betrag gesprochen werden könnte.

#### Projekthandbuch für Bauvorhaben und deren Vergabeprozesse

Im Zusammenhang mit der Vergabep Praxis bei Bauprojekten der Zentralen Dienste wurde erneut die Forderung der Aufsichtskommission aus der Berichterstattung zum Jahresbericht 2024 thematisiert, die bestehenden Abläufe schriftlich festzuhalten. Seitens Bürgerrat wurde betont, dass man zwar die gesetzlichen Vorgaben und Kontrollaufgaben der AK anerkenne, gleichzeitig aber eine gewisse unternehmerische Freiheit bewahren und keine übermässige Reglementierung schaffen wolle.

Auslöser der Diskussion war insbesondere ein früherer Auftrag im Zusammenhang mit dem Waldhaus, der ohne öffentliche Ausschreibung vergeben worden war. In der Folge stellte sich die Frage, ob die bestehenden Vergabeprozesse ausreichend klar geregelt seien. Die Zentralen Dienste hielten fest, dass sie sich an das Submissionsgesetz Basel-Stadt sowie an das Organisationsreglement hielten. Wo öffentliche Ausschreibungen vorgeschrieben seien, würden diese durchgeführt. Auch bei freihändigen Verfahren würden häufig mehrere Offerten eingeholt, selbst wenn dies gesetzlich nicht zwingend sei.

Weiter wurde erklärt, dass man sich bei grösseren Projekten an bestehenden Projekthandbüchern anderer Institutionen orientieren könne, so z.B. an jenem des BSB.

#### Liegenschaft Schalbergstrasse 17 in Reinach

Die AK wollte wissen, wie es zum Kauf der Liegenschaft kam und ob eine Strategie dahintersteckt, vermehrt Objekte ausserhalb von Basel-Stadt zu erwerben.

Der Bürgerrat führt aus, dass die Bürgergemeinde seit mehreren Jahren nach geeigneten Investitionsobjekten sucht. Da sich in Basel-Stadt kaum attraktive und finanzierbare Liegenschaften

angeboten hätten und Renovationen als schwierig beurteilt würden, sei der Fokus zunehmend auch auf Objekte ausserhalb des Kantons gerichtet worden. Als wichtiger Grund dafür wurde insbesondere das Wohnschutzgesetz genannt, das aus Sicht der Verantwortlichen wirtschaftlich tragfähige Investitionen im Kanton erschwere.

Die erworbene Liegenschaft in Reinach sei nach Prüfung durch Hausbanken, interne Besichtigungen sowie die beauftragte Immobilienverwaltung als gepflegt und ohne Sanierungsbedarf beurteilt worden. Die Verwaltungsgesellschaften begleiten die Bürgergemeinde seit vielen Jahren bei Vermietung, Unterhalt und strategischer Planung des Immobilienportfolios. Der Kauf sei auf Empfehlung einer dieser Verwaltungen zustande gekommen.

Kritisch hinterfragt wurde insbesondere, ob der strategische Richtungswechsel hin zu Investitionen ausserhalb Basels ausreichend diskutiert und transparent kommuniziert worden sei. Zudem wurden Fragen zur vorhandenen Immobilienkompetenz innerhalb des Bürgerrats sowie zur Vergabe der Verwaltungsmandate gestellt. Seitens Bürgerrat wurde betont, dass man sich auf externe Fachkompetenz stütze und die Zusammenarbeit mit den langjährigen Immobilienverwaltungen bewusst weiterführe. Es wurde angeregt, strategische Veränderungen künftig klarer im Jahresbericht auszuweisen.

### **2.3. Christoph Merian Stiftung (CMS)**

Die AK führte im Berichtsjahr einen vertieften Austausch mit der Leitung der Christoph Merian Stiftung. Im Zentrum standen insbesondere das Förderprogramm 2025–2028, die Entwicklung der Immobilienstrategie, die Projekte auf dem Dreispitzareal sowie die finanzielle Entwicklung der Stiftung.

#### Produktgruppen

Wie bereits im Vorjahr, liess sich die AK pro Handlungsfeld anhand von ausgewählten im Berichtsjahr geförderten Projekten erläutern, inwieweit die in der Leistungsvereinbarung vereinbarten Ziele erreicht wurden. Für vier von fünf ausgewählten Projekten berichtet die CMS, dass die vereinbarten Ziele erreicht, weitestgehend erfüllt oder übertroffen worden seien. Nur bei einem Projekt gebe es ein klar verfehltes Teilziel. Bei einem anderen Projekt sei wegen des frühen Projektstadiums noch keine definitive Beurteilung möglich.

Die AK empfiehlt, den Berichterstattungszeitpunkt für Fördervereinbarungen künftig so weit wie möglich auf den Zeitplan der Berichterstattung des Bürgerrats zum Jahresbericht abzustimmen. So können die Ergebnisse zu den Projektförderungen Eingang in die Berichterstattung der AK zuhanden des Bürgergemeinderates finden.

#### Neues Förderprogramm und Wirkungsorientierung

Die AK setzte sich vertieft mit dem neuen Förderprogramm 2025–2028 auseinander, welches im Berichtsjahr erstmals operativ umgesetzt wurde. Das Programm wurde 2024 sowohl von der Bürgergemeinde als auch von der Einwohnergemeinde genehmigt und umfasst drei Förderschwerpunkte mit insgesamt zehn Handlungsfeldern.

Gemäss CMS soll das Förderprogramm bewusst offener, flexibler sowie stärker interdisziplinär ausgestaltet sein. Ziel sei es, besser auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und neue



Themenfelder aufnehmen zu können. Im Vordergrund stehen dabei unter anderem die Bereiche psychische Gesundheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Fragen des Erhalts der Lebensgrundlagen.

Die AK nahm zur Kenntnis, dass die CMS künftig vermehrt grössere sowie eigene Projekte realisieren will. Gleichzeitig soll die sogenannte Ausschöpfungsquote der bereitgestellten Mittel kontinuierlich erhöht werden. Die CMS führte dazu aus, dass nicht ausgeschöpfte Mittel in den jeweiligen Genehmigungsanteilen verbleiben und in späteren Jahren eingesetzt werden können.

Im Rahmen der Diskussionen beschäftigte sich die AK zudem mit Fragen der Wirkungsmessung und der Kontrolle geförderter Projekte. Die CMS erläuterte, dass insbesondere bei kleineren, zivilgesellschaftlichen Projekten bewusst niederschwellige Förderinstrumente eingesetzt würden. Gleichzeitig würden Fördervereinbarungen, Berichterstattungen sowie stichprobenartige Prüfungen durch die Revisionsstelle erfolgen.

Die AK begrüsst grundsätzlich die strategische Weiterentwicklung des Förderprogramms sowie die Bestrebungen, die Fördermittel möglichst wirksam einzusetzen. Gleichzeitig erachtet sie es als wichtig, dass die Balance zwischen eigenen Projekten der Stiftung und der Förderung externer Initiativen gewahrt bleibt. Ebenso misst sie einer nachvollziehbaren Wirkungsüberprüfung und einer transparenten Mittelverwendung weiterhin grosse Bedeutung bei.

#### Weiterentwicklung der Vermögens- und Immobilienstrategie

Die CMS informierte die AK über die Weiterentwicklung ihrer Vermögens- und Bewirtschaftungsstrategie. Gemäss den Ausführungen der Stiftung erfolgt die Anlagepolitik weiterhin ausschliesslich in Immobilien und Aktien mit dem Ziel des realen Kapitalerhalts. Die CMS erläuterte zudem, dass die Aktienanlagen weiterhin primär passiv bewirtschaftet würden. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass der Aktienanteil langfristig moderat erhöht werden könnte, wobei weiterhin eine langfristige und vorsichtige Anlagestrategie verfolgt werde. Die Ausschüttungen aus diesen Vermögenswerten bilden die Grundlage für die langfristige Finanzierung der Fördertätigkeit.

Im Rahmen der strategischen Überprüfung wurde insbesondere die Immobilienstrategie geschärft. Die Stiftung verfolgt künftig vermehrt Eigenrealisierungen im Wohnungsbau und prüft gleichzeitig den strategischen Einsatz von Fremdkapital. Vorgestellt wurden unter anderem verschiedene Wohnbauprojekte mit preisgünstigem Wohnraum sowie Entwicklungsüberlegungen auf eigenen Arealen. Die CMS führte in diesem Zusammenhang weiter aus, dass die Vorgaben des Wohnraumförderungsgesetzes (WFG) bei den geplanten Projekten nicht nur eingehalten, sondern teilweise freiwillig deutlich übertroffen würden. Als Beispiel wurde insbesondere das Projekt an der Reinacherstrasse genannt, bei welchem ein hoher Anteil preisgünstiger Wohnungen vorgesehen sei.

Die AK begrüsst grundsätzlich die langfristige Sicherung der finanziellen Basis der Stiftung sowie die Schaffung zusätzlichen Wohnraums. Angesichts der zunehmenden Investitionstätigkeit und des künftig verstärkten Einsatzes von Fremdkapital wird sie die Entwicklung der Risiken und der Kapitalstruktur jedoch weiterhin aufmerksam verfolgen.

### Dreispietz-Areal und langfristige Stadtentwicklung

Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Entwicklung des Dreispitzareals. Die CMS stellte der Subkommission die laufenden Planungen für «Dreispietz Nord» sowie das langfristige Zielbild für das gesamte Areal vor.

Gemäss den Ausführungen der Stiftung sollen auf dem Teilareal «Dreispietz Nord» rund 800 Wohnungen entstehen, davon etwa ein Drittel gemeinnützig beziehungsweise preisgünstig. Das vorgesehene Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 700 Mio. Franken. Die Stiftung plant, die Baufelder teilweise im Baurecht an Investoren und Genossenschaften abzugeben.

Darüber hinaus verfolgt die CMS längerfristig eine stärkere Wohnnutzung auf weiteren Teilgebieten des Dreispitzes. Gemäss dem vorgestellten Zielbild soll künftig rund ein Drittel der Nutzung auf Wohnen entfallen, wiederum mit einem substanziellen Anteil gemeinnütziger beziehungsweise preisgünstiger Wohnungen.

Die AK nahm zur Kenntnis, dass sich zahlreiche Projekte weiterhin in frühen planerischen und politischen Verfahren befinden und teilweise erst langfristig umgesetzt werden können. Aufgrund der Grösse und Komplexität der Entwicklungen misst sie einer sorgfältigen Abstimmung zwischen Wohnen, Gewerbe, Verkehr und Freiraum grosse Bedeutung bei.

### Veränderungen bei Reserven und Organisationskapital

Die AK setzte sich im Rahmen der Jahresrechnung zudem mit den Veränderungen bei den Reserven und dem Organisationskapital der Stiftung auseinander.

Die CMS erläuterte, dass verschiedene historisch gewachsene Reserven neu strukturiert und teilweise in neue Schwankungsreserven beziehungsweise allgemeine Reserven überführt wurden. Ziel dieser Anpassungen sei eine transparentere und zeitgemässere Darstellung der Kapitalstruktur. Die Stiftung führte aus, dass insbesondere die neu geschaffenen Schwankungsreserven für das Renditevermögen dazu dienen sollen, Marktwertschwankungen bei Immobilien und Wertschriften besser aufzufangen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass wesentliche Teile des ausgewiesenen Vermögens Buchwerte beziehungsweise nicht realisierte Bewertungsgewinne darstellen.

Die AK nahm ausserdem zur Kenntnis, dass die Stiftung künftig allgemeine Reserven bilden will, um Schwankungen bei den jährlichen Erträgen besser ausgleichen zu können.

Die AK erachtet eine transparente Darstellung der Reserven, Bewertungsmechanismen und Kapitalflüsse als zentral. Angesichts der erheblichen Vermögenswerte sowie der zunehmenden Bedeutung von Marktwertentwicklungen misst sie einer vorsichtigen und langfristig ausgerichteten Finanzpolitik weiterhin grosse Bedeutung bei.

### Jahresrechnung

Die Aufsichtskommission stellte dem Bürgerrat zur separat vom Jahresbericht der Bürgergemeinde publizierten Jahresrechnung 2025 der CMS zusätzliche Fragen. Es ging darin namentlich um die Neuausrichtung der Vermögensbewirtschaftung, die Netto-Aufwertung des Immobilienportfolios und deren Bewertungsparameter, die Mehrwertsteuer-Nachzahlung 2020–2024 sowie daraus abgeleitete Massnahmen, die vorerwähnte Veränderung bei Reserven und Organisationskapital und die Verwaltung des Liegenschaften Pools. Die Beantwortung der Fragen war zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichts noch ausstehend.

### Dachstiftung der Christoph Merian Stiftung

Die AK nahm zudem Kenntnis von der weiteren Entwicklung der Dachstiftung der Christoph Merian Stiftung. Gemäss CMS umfasst diese mittlerweile 35 unselbstständige Stiftungen. Die Stiftung verfolgt dabei das Ziel, privaten Stifterinnen und Stiftern eine professionelle Förder- und Bewirtschaftungsplattform zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die langfristige Förderbasis der CMS weiter zu stärken.

Die AK nahm zur Kenntnis, dass die CMS laufend Gespräche mit potenziellen neuen Zustifterinnen und Zustiftern führt. Sie erachtet die Entwicklung der Dachstiftung als strategisch bedeutend, insbesondere im Hinblick auf die langfristige Sicherung zusätzlicher Fördermittel sowie die Bündelung philanthropischer Aktivitäten in der Region Basel.

## **3. Bemerkungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen**

### **3.1. BSB (Bürgerspital Basel)**

Die Sachkommission BSB hat den vorliegenden **Jahresbericht des BSB für das Jahr 2025** an mehreren Sitzungen behandelt. Im Rahmen eines Hearings wurde die gesamte Geschäftsleitung eingeladen, um die Fragen der Sachkommission gemeinsam zu erörtern. Die Kommission wurde dabei umfassend über die Entwicklungen im Berichtsjahr informiert und nutzte die Gelegenheit intensiv, vertiefte Fragen zu stellen.

Die Aufsichtskommission hat den Institutionen im Rahmen der Behandlung des Jahresberichtes eine Reihe von Fragen auch zum BSB gestellt. Die Sachkommission hat die Fragen mit der Geschäftsleitung besprochen und den Direktor beauftragt, diese direkt zu beantworten.

Die Sachkommission nimmt zur Kenntnis, dass das BSB das Produktesummenbudget 2025 mit einem budgetierten Nettokredit von CHF 1.0 Mio. mit einem erzielten Ergebnis von CHF 2.9 Mio. einhalten konnte. Gleichzeitig lässt sich die Kommission die unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb des BSB erklären und weist nun darauf hin, dass der erzielte Überschuss teilweise auf zeitlich verschobene Investitionen zurückzuführen ist, welche in den kommenden Jahren nachgeholt werden müssen. Dies wird sich voraussichtlich auf die künftige finanzielle Entwicklung des BSB auswirken.

Im Rahmen der Diskussion des Jahresberichts wurden verschiedene Themen vertieft behandelt. So wurde insbesondere der Rückgang der ausgewiesenen Qualität anlässlich Audits bei den Pflegezentren thematisiert. Die Nachfrage ergab, dass dies auf neue Schwerpunkte bei den Beurteilungskriterien des Kantons zurückzuführen ist. Die Sachkommission nimmt zur Kenntnis, dass diese Entwicklung primär methodisch bedingt ist und nicht zwingend eine tatsächliche Verschlechterung der Leistungen widerspiegelt. Sie geht davon aus, dass das BSB die Konsequenzen zieht und der Indikator in Zukunft wieder eingehalten werden kann.

Weiter wurde die Entwicklung einzelner Angebote kritisch hinterfragt. Bei der Tagesbetreuung am Standort Weiherweg zeigt sich weiterhin eine tiefe Auslastung. Das BSB weist auf die baulichen Verbesserungen sowie gezielte Marketingmassnahmen hin. Zudem muss festgestellt werden, dass diese Angebote auch bei den anderen Anbietern nicht auf die von der Branche und dem Kanton erwartete Resonanz stösst. Aufgrund der Erklärungen der Geschäftsleitung erwartet die Sachkommission, dass sich die ergriffenen Massnahmen positiv auf die Nachfrage auswirken.

Ein besonderer Fokus lag auf dem Projekt Westfeld. Die Sachkommission nahm zur Kenntnis, dass die erwartete Nachfrage nach den im Westfeld vorgesehenen 17 Studios im Angebot «Gemeinschaftswohnen im Alter» beziehungsweise «Wohnen mit Service» deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb und das Projekt letztlich eingestellt werden musste.

Auf Nachfrage wurden vom BSB als Gründe unter anderem eine Fehleinschätzung des Marktes in Bezug auf die Nachfrage solcher Dienstleistungen in diesem Segment im Raum Basel genannt. Was in Zürich funktioniert, muss nicht auch in Basel erfolgreich sein. Positiv wird gewürdigt, dass durch Anschlusslösungen mit dem TPH die finanziellen Auswirkungen begrenzt werden konnten. Die Kommission erwartet, dass die gewonnenen Erkenntnisse in zukünftige Projekte einfließen.

Die Sachkommission begrüsst grundsätzlich, dass das BSB neue Ansätze erprobt und dabei auch das Risiko in Kauf nimmt, dass ein Projekt nicht den gewünschten Erfolg erzielt. Ebenso würdigt die Sachkommission den Mut des BSB, ein solches Projekt bei Bedarf konsequent zu beenden und die freiwerdenden Mittel gezielt anderweitig einzusetzen.

Im Bereich der Liegenschaften wurde die Sachkommission aufgeklärt, dass nicht betriebsnotwendige Flächen im Socin Haus aktiv vermietet werden sollen. Gleichzeitig bestehen bei einzelnen Standorten weiterhin Herausforderungen. Die Sachkommission lässt sich darüber informieren, dass der Standort Spittelhof weiterentwickelt werden soll. Diskussionen mit der Abteilung Behindertenhilfe aber auch mit der Gemeinde Bettingen, wegen einer möglichen Umzonung, finden statt. Auf die Frage nach dem Areal auf der Chrischona erklärt das BSB, dass es mit der Gemeinde im engen Austausch steht und an der Mitwirkung der Zonenplanrevision teilnimmt.

Die Sachkommission hat sich zudem mit der Entwicklung der Auslastung in verschiedenen Angeboten befasst. Während im Bereich Wohnen eine stabile Entwicklung festgestellt wird, zeigen sich bei den beruflichen Integrationsmassnahmen rückläufige Belegungszahlen. Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass diese Schwankungen unter anderem auf externe Faktoren wie Zuweisungspraxis der IV zurückzuführen sind und dass das Angebot entsprechend flexibilisiert wurde.

Im Bereich der stationären Auslastung ergab sich die Frage, wie sich eine Auslastung von über 100% ergeben kann. Die Sachkommission wurde von der Direktion in Kenntnis gesetzt, dass dies bei einer Ausschöpfung geschieht, welche höher als das vertraglich festgelegte Kontingent. Es bestehen teilweise Unterschiede zwischen den vom Kanton vertraglich geregelten Kontingenten und der akzeptierten Belegung. Eine Ausschöpfung würde vom Kanton aber akzeptiert, da alle Bewohnenden einen den Vorgaben entsprechenden Platz haben.

Bezüglich des Befragungstools wurde die Frage aufgeworfen, ob sich dieses bewähre und auf weitere BSB-Institutionen ausgeweitet wird.

Die Direktion informierte, dass eine Anpassung an andere Zielgruppen überprüft werde, sobald die Ressourcen zur Verfügung stehen. Wegen anderen Projekten seien die Ressourcen jedoch sehr beschränkt. Die Direktion hält fest, dass eine niederschwellige Rückmeldung aus verschiedenen Institutionen aber sehr wertvoll sei.

Im Bereich der Betriebe wird festgehalten, dass die wirtschaftlichen Erwartungen insgesamt in Bezug auf die Produktionserträge nicht erreicht wurden. Neben strukturellen Veränderungen in einzelnen Branchen wirkten sich auch die teilweise abnehmenden Fähigkeiten der Mitarbeitenden mit Rente aus. Gleichzeitig führt die angespannte Situation auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt dazu,

dass leistungstärkere Mitarbeitende vermehrt ausserhalb des BSB eine Anstellung finden, was grundsätzlich zu begrüssen ist, aber die Leistung der Teams reduziert.

Im Bereich der Betriebe wurde die Sachkommission informiert, dass die Bewohnenden des Pflegeheims am Bruderholzweg im Gebäude in Bettingen einziehen werden und dass die letzten Anpassungen fertig geplant und vorgenommen wurden.

Der Anstieg des Personalaufwands wurde ebenfalls thematisiert. Dieser ist insbesondere auf allgemeine Lohnerhöhungen, den Ausbau von Angeboten sowie den erhöhten Bedarf an Fachpersonal zurückzuführen. Der zunehmende Fachkräftemangel führt zudem dazu, dass teilweise auf externe und kostenintensivere Lösungen zurückgegriffen werden muss.

Im Bereich Vermögensertrag stellt die Sachkommission fest, dass sich verschiedene gegenläufige Effekte ergeben. Zusätzliche Einnahmen, insbesondere aus Baurechten auf dem Areal BaseLink, stehen wegfallenden Erträgen sowie Verzögerungen bei Projekten gegenüber. Insgesamt bewegen sich die Entwicklungen im erwarteten Rahmen, wobei einzelne Abweichungen insbesondere auf zeitliche Verschiebungen zurückzuführen sind.

#### Produktgruppe Betreuung Betagte

Im Berichtsjahr kam es zu bedeutenden Veränderungen im Angebot «Wohnen mit Service», insbesondere durch die Übernahme von Wohnungen der Wibrandis Stiftung sowie die Eröffnung neuer Einheiten im Socin Haus und im Pflegezentrum Weiherweg. Gleichzeitig wurde das Angebot «Wohnen mit Service» im Westfeld eingestellt. Diese Anpassungen führten zu Belegungsschwankungen sowie zu Anlauf- und Schliessungskosten.

#### Produktgruppe Integration

Die Umwandlung von begleiteten Arbeitsplätzen in solche der betreuten Tagesstruktur trägt zu einem bedarfsgerechteren Angebot bei und wirkt sich positiv auf die Ertragsseite aus. Dennoch konnten die Budgetziele des Geschäftsfeldes auch aufgrund rückläufiger Belegungszahlen insbesondere im Bereich der beruflichen Massnahmen nicht erreicht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt herausfordernd, insbesondere aufgrund geringerer Erträge in den Betrieben.

Abschliessend hat sich die Sachkommission auch mit der inhaltlichen und gestalterischen Ausrichtung des Jahresberichts befasst. Der gewählte Schwerpunkt Nachhaltigkeit wird grundsätzlich begrüsst. Gleichzeitig regt die Kommission an, künftig vermehrt konkrete Erfolgsgeschichten aus dem Berichtsjahr aufzunehmen.

Die Möglichkeit eines eigenständigen Jahresberichts für das BSB wurde geprüft, jedoch aus Ressourcengründen verworfen. Stattdessen wird eine kompakte «Lightversion» mit den wichtigsten Highlights im Jahresmagazin publiziert.

Die Sachkommission dankt der Geschäftsleitung für die umfassende Information sowie die Beantwortung der gestellten Fragen. Ebenso bedankt sich die Kommission bei allen Mitarbeitenden des BSB für die geleistete Arbeit im Jahr 2025.

### **3.2. Bürgerliches Waisenhaus**

Die Sachkommission des Bürgerlichen Waisenhauses hat sich anlässlich ihrer Sitzung vom 28. April 2026 detailliert über den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2025 orientieren lassen und beurteilt das Geschäftsjahr 2025 insgesamt als **solide und zukunftsgerichtet**.

Nach der erfolgreichen Zusammenführung mit dem Verein für Kinderbetreuung (VFK) im Vorjahr stand das Jahr 2025 im Zeichen der **Konsolidierung und Weiterentwicklung der Organisation**. Besonders positiv gewürdigt werden die erreichten Fortschritte in der operativen Zusammenarbeit, die hohe Auslastung in zentralen Angeboten sowie das insgesamt erfreuliche Jahresergebnis.

Der Fachkräftemangel blieb eine zentrale Herausforderung. Insbesondere im Bereich der Betreuung von (Klein-)Kindern gestaltete sich die Rekrutierung schwierig. In der Folge mussten im Jahresverlauf zeitweise einzelne Plätze in Kindergruppen ungenutzt gesperrt werden.

Positiv hervorzuheben ist die **erweiterte Angebotsvielfalt**, die sich seit dem Zusammenschluss mit dem VFK etabliert hat und weiterhin auf hohe Nachfrage stösst.

Insgesamt zeigt sich die Sachkommission zuversichtlich, dass das Bürgerliche Waisenhaus auf einem guten Weg ist, die anstehenden Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen und seine wichtige gesellschaftliche Aufgabe weiterhin in hoher Qualität zu erfüllen.

#### **3.2.1. Bilanz und Jahresrechnung**

Das Geschäftsjahr 2025 schliesst mit einem positiven Jahresergebnis von CHF 473'499 ab und zeigt eine stabile finanzielle Entwicklung. Die Gesamterträge beliefen sich auf CHF 27'512'133 bei einem Gesamtaufwand von CHF 27'072'795, woraus ein positives operatives Ergebnis von CHF 439'337 resultiert.

Während die stationäre Pädagogik (PG1) mit einem Gewinn von rund TCHF 270 abschloss und auch die Tagesbetreuung und Beratung (PG2) ein positives Ergebnis von rund TCHF 222 erzielte, resultierte im Bereich Immobilien, Betriebe und Kultur (PG3) ein moderater Verlust von rund TCHF 19. Es zeigt sich damit ein ausgewogenes Bild mit einer soliden operativen Leistung in den Kernbereichen.

Beeinflusst wurde das Jahresergebnis durch mehrere Sondereffekte. Dazu zählt insbesondere ein ausserordentlicher Ertrag aus dem Teuerungsausgleich des Kantons Basel-Stadt für Kitaleistungen aus Vorjahren. Gleichzeitig wurde im Rahmen der Delkredereberechnung eine vorsichtigere Bewertung der offenen Forderungen vorgenommen, was zu zusätzlichen Wertberichtigungen führte. Bereinigt um diese Einmaleffekte ergibt sich ein weiterhin positives Ergebnis von CHF 373'026.

Im Berichtsjahr wurde zudem eine Teilrückzahlung an das Fondsvermögen in Höhe von CHF 221'083 geleistet. Diese Rückführung steht im Zusammenhang mit der Finanzierung des Aufbaus der Kita im Waisenhaus in den Vorjahren und ist als Ausdruck der verbesserten Ertragslage zu werten.

Weiter wurde im Jahr 2025 ein Wertschriftendepot liquidiert, wodurch zusätzliche Liquidität geschaffen werden konnte. Diese Mittel wurden gezielt für Investitionen in laufende Infrastrukturprojekte, insbesondere die Fassadensanierung und den Anschluss an die Fernwärme, eingesetzt. Gleichzeitig bestehen weiterhin Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Mietverträgen, die zukünftig zu finanziellen Belastungen führen könnten.

<b>Jahresrechnung 2025 – Ist-Werte</b>	<b>CHF</b>
<b>Ergebnis gemäss Jahresabschluss</b>	<b>473'499</b>
Wesentliche einmalige Effekte im Jahr 2025:	
- Ausserordentlicher Ertrag	-209'223
- Erhöhung Delkredere	108'750
<b>Ergebnis ohne Berücksichtigung Einmaleffekte</b>	<b>373'026</b>
Teilrückzahlung an das FOV	221'083
<b>Ergebnis ohne Berücksichtigung Teilrückzahlung an das FOV</b>	<b>594'109</b>

Das Bürgerliche Waisenhaus ist nach der strukturellen Erweiterung im Vorjahr finanziell konsolidiert und hat auf einer stabilen Grundlage operiert. Trotz einzelner Sondereffekte und bestehender Risiken ist die finanzielle Lage als robust zu beurteilen.

### **3.2.2. Stationäre Pädagogik (PG1)**

Die Produktgruppe der stationären Pädagogik schliesst im Berichtsjahr 2025 mit einem positiven Ergebnis von CHF 270'296 ab und bestätigt damit ihre zentrale Bedeutung für die finanzielle Stabilität des Gesamtbetriebs.

Während im Kinderhaus Gellert mit einer Auslastung von 89.07 % der budgetierte Zielwert von 95% nicht erreicht wurde, konnte dies durch überdurchschnittlich hohe Auslastungen in anderen Wohngruppen kompensiert werden. So verzeichneten einzelne Gruppen Auslastungen von über 100 %, und auch die Aussenwohngruppen sowie die Durchgangsgruppe wiesen insgesamt sehr gute Belegungszahlen auf.

Die unterdurchschnittliche Auslastung im Kinderhaus Gellert ist insbesondere auf personelle Engpässe zurückzuführen, welche zeitweise zur Sperrung einzelner Plätze führten. Trotz dieser Einschränkungen konnten wichtige qualitative Verbesserungen umgesetzt werden, unter anderem durch die Neuausstattung der Kinderzimmer.

Im Bereich Wohnexternat zeigte sich eine weiterhin unzureichende Auslastung, wodurch nach mehreren Jahren mit positiven Ergebnissen erstmals ein Defizit entstand. Die Entwicklung wurde intern analysiert; erste Verbesserungen der Belegung zeichnen sich zu Beginn des Folgejahres ab. Das Ergebnis der PG1 verdeutlicht, dass eine hohe Auslastung entscheidend für die Kostendeckung bleibt und personelle Ressourcen einen wesentlichen Einfluss auf die betriebliche Leistungsfähigkeit haben.

### **3.2.3. Tagesbetreuung & Beratung (PG2)**

Die Produktgruppe Tagesbetreuung und Beratung schliesst das Jahr 2025 mit einem Gewinn von CHF 222'251 ab und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum positiven Gesamtergebnis.

Die hohe Auslastung in sämtlichen Kindertagesstätten wirkte sich dabei besonders positiv aus. Alle vier Kitas erreichten Werte nahe oder über 100 %, wodurch die betriebliche Effizienz gesteigert werden konnte. Hervorzuheben ist insbesondere die Kita im Waisenhaus, welche drei Jahre nach ihrer Eröffnung erstmals ein positives Ergebnis erzielte.

Auch im Bereich der schulergänzenden Tagesstrukturen blieb die Nachfrage konstant hoch. Sämtliche angebotenen Plätze waren vollständig belegt, was die hohe Relevanz dieser Angebote unterstreicht. Gleichzeitig bestehen aufgrund begrenzter räumlicher Kapazitäten nur eingeschränkte Möglichkeiten für eine weitere Expansion.

Die Elternberatung entwickelte sich ebenfalls positiv. Zudem wurden im Berichtsjahr wichtige Grundlagen für die kommende Leistungsvereinbarungsperiode erarbeitet.

Im Bereich der Tagesfamilien konnte hingegen kein positives Ergebnis erzielt werden. Die durchschnittliche Anzahl Betreuungsverhältnisse blieb unter der für Kostendeckung erforderlichen Schwelle. Das negative Resultat wird jedoch bewusst in Kauf genommen, da dieses Angebot eine wichtige Ergänzung im Betreuungssystem darstellt und einen hohen gesellschaftlichen Nutzen erfüllt.

#### **3.2.4. Immobilien, Betriebe & Kultur (PG3)**

Die Produktgruppe Immobilien, Betriebe und Kultur schliesst das Geschäftsjahr 2025 mit einem Verlust von CHF 19'047 ab.

Das Ergebnis wurde insbesondere durch die laufenden Bau- und Sanierungsarbeiten beeinflusst. Die Fassadenarbeiten an den Gebäuden am Theodorskirchplatz führten zu einer eingeschränkten Nutzung und damit zu tieferen Einnahmen aus der Vermietung der historischen Räumlichkeiten.

Gleichzeitig befinden sich mehrere grössere Infrastrukturprojekte, insbesondere im Bereich Fassadensanierung und Fernwärmeanschluss, noch in der Umsetzungsphase. Da die entsprechenden Schlussabrechnungen per Jahresende noch nicht vorlagen, erfolgt die buchhalterische Aktivierung sowie die damit verbundenen Abschreibungen erst im Folgejahr.

Eine strukturelle Veränderung ergab sich durch die Zuordnung des Bereichs Arbeitstraining (ATT) zur Produktgruppe PG3. Die Auslastung lag hier unter den Erwartungen, was sich entsprechend im Ergebnis niederschlägt.

#### **3.2.5. Fondsvermögen**

Das Fondsvermögen stellt zwar weiterhin ein zentrales Instrument zur flexiblen Finanzierung von Zusatzleistungen und Innovationsprojekten dar, erschwert der Sachkommission jedoch das transparente und effektive Controlling der ökonomischen Belange. Inhaltlich ermöglicht das Fondsvermögen die Unterstützung von Angeboten, die über die regulären Leistungsvereinbarungen hinausgehen und direkt den betreuten Kindern und Jugendlichen zugutekommen.

Im Jahr 2025 wurden insbesondere bewährte Programme wie Sportangebote, Fördermassnahmen und Freizeitaktivitäten finanziert. Darüber hinaus diente das Fondsvermögen der Unterstützung von Institutionsprojekten und der Entwicklung neuer Angebote. Die effektiven Ausgaben für Institutionsprojekte lagen deutlich unter dem budgetierten Betrag, da einzelne Vorhaben entweder günstiger umgesetzt oder über den ordentlichen Betrieb finanziert werden konnten.

Für das Jahr 2026 ist ein deutlich höheres Budget vorgesehen, insbesondere im Bereich der Innovationsprojekte sowie zur Sicherstellung der Betreuungsqualität durch zusätzliche personelle Ressourcen. Dabei fungiert das Fondsvermögen teilweise auch als Defizitgarantie für strategisch wichtige Projekte. Das Fondsvermögen ermöglicht es dem Bürgerlichen Waisenhaus, flexibel auf neue Anforderungen zu reagieren und gezielt in die Weiterentwicklung der Institution zu investieren.



### **3.2.6. Schlussbemerkungen**

Die Sachkommission hält fest, dass die Herausforderungen im Bereich des Fachkräftemangels weiterhin bestehen und die Sicherstellung der notwendigen personellen Ressourcen höchste Priorität hat.

Gleichzeitig sind die begonnenen organisatorischen Entwicklungen zu festigen und die anstehenden Investitionen in die Infrastruktur vorausschauend zu steuern. Ebenso bleibt die Finanzierung der anstehenden baulichen Massnahmen eine grosse Herausforderung.

Die Sachkommission zeigt sich zuversichtlich, dass das Bürgerliche Waisenhaus bei konsequenter Weiterführung der eingeleiteten Massnahmen gut aufgestellt ist, um die kommenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

## **4. Tätigkeitsberichte**

### **4.1. Aufsichtskommission**

Die AK hat im Verlauf des Berichtsjahres zehn Sitzungen abgehalten. Zur Prüfung des Jahresberichts sowie weiterer Traktanden waren im Jahr 2026 bis heute zusätzlich fünf Sitzungen nötig.

Die AK verweist auf folgende Berichte, welche auf der Website der Bürgergemeinde eingesehen werden können:

- 2258a Bericht der Aufsichtskommission betreffend Offenlegungspflicht der Interessenbindungen und erweiterte Ausstandspflicht bei der Bürgergemeinde Basel
- 2259c Bericht der Aufsichtskommission betreffend Zeitgemässes Parlament: Nachvollziehbarkeit der Bürgergemeinderats-Entscheide im Protokoll
- 23-29/036/02 Bericht der Aufsichtskommission betreffend 149. Jahresbericht 2024
- 23-29/032/02 Bericht der Aufsichtskommission betreffend Änderung der Gemeindeordnung: Senkung der Anzahl Unterschriften für Referendum und Initiative; Einreichungsfrist von Initiativen
- 23-29/046/02 Bericht der Aufsichtskommission betreffend Produktesummenbudgets 2026
- 23-29/038/02 Bericht der Aufsichtskommission betreffend Entschädigungen Bürgergemeinderat und Bürgerrat
- 2260c Bericht der Aufsichtskommission betreffend Abgleich Klimaschutzstrategie 2022 der Bürgergemeinde mit vergleichbaren übergeordneten Konzepten sowie betreffend Einbindung des Bürgergemeinderats in die Weiterentwicklung und das Controlling der Klimaschutzstrategie der Bürgergemeinde Basel

Die AK hat im Berichtsjahr zu folgendem Geschäft mündlich Stellung bezogen:

- 23-29/020/01 Bericht des Bürgerrats betreffend Überprüfung des New Public Management bzw. politische Steuerung in der Bürgergemeinde der Stadt Basel (Fristverlängerung)

#### **4.2. Sachkommission Bürgerspital**

Die Sachkommission BSB setzte sich im Berichtsjahr aus Walter Brack, Thomas Hediger, Armin Cem Kieser, Roland Lindner, Stefan Rommerskirchen, Maria Ioana Schäfer (Präsidentin) und Theres Zigerlig zusammen. Im Berichtsjahr traf sich die Sachkommission zu sieben Sitzungen, nämlich am 24. März, 7. April, 28. April, 12. Mai, 22. September, 20. Oktober und 22. Dezember 2025. An der ersten Sitzung vom 24. März 2025 verschaffte sich die Sachkommission einen Überblick über die kommenden Geschäfte. Behandelt wurden zudem Projekte aus den Geschäftsfeldern, insbesondere der Standort Chrischona, die Jahresziele 2025 sowie der Auftrag zur Überprüfung der obersten Führungsstruktur.

Am 7. April 2025 stand das Neubauprojekt Pflegezentrum am Bruderholz im Zentrum. Die Sachkommission befasste sich mit der Einordnung des Bauprojekts aus Sicht des BSB, dem Stellenwert des Neubaus im Markt, ökologischen Aspekten sowie mit dem gemeinsamen Bericht dazu.

An der Sitzung vom 28. April 2025 bereitete sich die Sachkommission intern auf das Hearing zum Jahresbericht vor. Anschliessend fand das Hearing zum Jahresbericht statt, bei dem auch Fragen der Aufsichtskommission behandelt wurden.

Am 12. Mai 2025 tagte die Sachkommission im Pflegezentrum Falkenstein. Inhaltlich ging es um medizinische, personelle und pflegerische Aspekte im Umgang mit Polymedikation in der Pflege im BSB; zudem fand ein Rundgang mit Besichtigung des Pflegezentrums statt.

An der Sitzung vom 22. September 2025 behandelte die Sachkommission den Halbjahresabschluss 2025. Weitere Themen waren Informationen zu Strategieprojekten im zweiten Trimester sowie die Resultate der Mitarbeitendenumfrage 2025.

Am 20. Oktober 2025 stand das Budget 2026 im Vordergrund. Die Sachkommission liess sich die Zahlen präsentieren und durch die Direktion einordnen; zudem wurden die Jahresziele 2025 und 2026 besprochen.

An der Sitzung vom 22. Dezember 2025 befasste sich die Sachkommission mit der Jahresplanung 2026 und schloss damit das Berichtsjahr ab.

Die Sachkommission dankt der Direktion des BSB, den Mitarbeitenden sowie den zuständigen Mitgliedern des Bürgerrats für die offene, angenehme und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

#### **4.3. Sachkommission Waisenhaus**

Gemäss § 12f der Gemeindeordnung prüft die Sachkommission des Bürgerlichen Waisenhauses die ihr zugewiesenen Geschäfte und erstattet Bericht zuhanden des Bürgergemeinderats. Die Berichte zum Produktsummenbudget sowie zum Jahresbericht sind öffentlich.

Im Berichtsjahr 2025 setzte sich die Kommission des Bürgerlichen Waisenhauses gemäss § 12e Absatz 3 der Gemeindeordnung aus folgenden sieben Mitgliedern zusammen:

- Dr. Alexander Gröflin, Präsident
- Anita Lachenmeier
- Lukas Hug
- Lukas Gruntz
- Balz Herter, bis Februar 2025
- Patrick Winkler, ab März 2025
- Benjamin von Falkenstein
- Martin Lüchinger

Die Kommission des Bürgerlichen Waisenhauses hielt im Verlauf des Jahres 2025 insgesamt drei Sitzungen ab.

## **5. Anträge**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt die AK dem Bürgergemeinderat folgende Beschlussfassungen:

- ://:
1. Vom 150. Jahresbericht des Bürgerrats über das Jahr 2025 wird Kenntnis genommen, und es werden die Jahresrechnungen der Zentralen Dienste, des BSB sowie des Bürgerlichen Waisenhauses genehmigt.
  2. Von den Tätigkeitsberichten der Aufsichtskommission sowie der Sachkommissionen Bürgerspital und Waisenhaus wird Kenntnis genommen.

Namens der Aufsichtskommission  
Der Präsident: Dr. Christoph Burckhardt

Basel, 02.06.2026

Namens der Kommission Bürgerspital (zu den Abschnitten betr. BSB)  
Die Präsidentin: Maria Ioana Schäfer

Basel, 10.05.2026

Namens der Kommission Waisenhaus (zu den Abschnitten betr. Waisenhaus)  
Der Präsident: Dr. Alexander Gröflin

Basel, 18.05.2026